

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XVII
Einleitung	1
Kapitel 1. Die Kriminologie der Geldwäsche.....	5
A. Eine geschichtliche Einführung.....	5
B. Die strafrechtliche Einordnung der Geldwäsche.....	6
I. Begriffsbestimmung der Geldwäsche.....	6
II. Der Straftatbestand des § 261 StGB	10
1. Internationale Grundlagen und Einflüsse.....	10
2. Der Normzweck des § 261 StGB	12
3. Die Wirksamkeit des Straftatbestandes	14
C. Die Phasen der Geldwäsche	17
I. Platzierung (placement)	18
II. Verschleierung (layering)	19
III. Integration (integration).....	20
D. Die Erscheinungsformen der Geldwäsche	21
I. Informelle Geldtransfersysteme	21
II. Das Smurfing.....	23
III. Offshore-Finanzplätze	24
IV. Der Erwerb von Investitionsobjekten	25
Kapitel 2. Die Konzepte der Geldwäscheprävention	27
A. Internationale Bewegungen der Geldwäscheprävention	27
I. Die Vereinten Nationen	27
II. Der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht (BCBS)	29
III. Financial Action Task Force on Money Laundering (FATF).....	32

IV. Der Europarat	34
V. Die Wolfsberg-Gruppe	36
VI. Die Europäische Union	37
B. Nationale Bewegungen der Geldwäscheprävention	39
I. Geldwäscheprävention im Kontext des novellierten Geldwäschegesetzes ...	39
1. Die Entstehungsgeschichte des Geldwäschegesetzes	39
2. Die Zielsetzung des Geldwäschegesetzes	43
3. Die Institute der Finanzbranche als Adressaten des Geldwäschegesetzes	46
a) Die Kreditinstitute	47
b) Die Finanzdienstleistungsinstitute	48
II. Die Rolle der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht bei der Geldwäschebekämpfung	48
1. Der Aufbau der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht im Kontext der Geldwäschebekämpfung	48
2. Die Maßnahmen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht	50
a) Die Anordnungsbefugnis der Bundesanstalt	50
b) Die Sanktionsmöglichkeiten der Bundesanstalt	51
3. Die Auslegungs- und Anwendungshinweise der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht	54
Kapitel 3. Die Geldwäschebekämpfung als Teil des institutsinternen Risikomanagements	57
A. Die Pflicht zur Einrichtung eines Risikomanagements	57
I. Der Einzug des risikobasierten Ansatzes in die nationale Gesetzgebung	57
II. Die Pflicht zur Einrichtung eines wirksamen Risikomanagements	59
B. Die institutsspezifische Risikoanalyse	62
I. Allgemein	62
II. Der Aufbau der institutsspezifischen Risikoanalyse	66
1. Die vollständige Bestandsaufnahme der institutsspezifischen Situation	68
2. Die Bestimmung von Risikostufen	69
3. Die Identifizierung und Kategorisierung der Risiken	70

4. Die Bewertung der Risikogruppen mit Hilfe von Risikofaktoren.....	71
a) Das Kundenrisiko	73
(1) Die Risikofaktoren der Anlagen 1 und 2 des Geldwäschegesetzes	73
(2) Weitere Risikofaktoren des Kundenrisikos	75
b) Produkt-, Dienstleistungs-, Transaktions- oder Vertriebsrisiko	77
c) Länderrisiko	79
5. Die Ableitung von Sicherungsmaßnahmen aus der Risikoanalyse im Rahmen der Risikosteuerung	82
6. Die Dokumentation und Genehmigung der Risikoanalyse	84
C. Fazit zum risikobasierten Ansatz der Geldwäscheprevention	86

Kapitel 4. Die internen Sicherungsmaßnahmen zur Bekämpfung der Geldwäsche

A. Geschäftsbezogene interne Sicherungsmaßnahmen	90
I. Der Geldwäschebeauftragte	90
1. Bestellung des Geldwäschebeauftragten.....	90
2. Aufgaben des Geldwäschebeauftragten.....	92
3. Kündigungsschutz des Geldwäschebeauftragten	94
II. Mitarbeiterbezogene interne Sicherungsmaßnahmen	95
1. Die Zuverlässigkeitsüberprüfung der Mitarbeiter.....	95
a) Die Zuverlässigkeitsprüfung bei Neueinstellung.....	96
b) Die Zuverlässigkeitsüberprüfung während des Beschäftigungsverhältnisses.....	98
2. Die Unterrichtung der Mitarbeiter	99
III. Die Einrichtung eines Hinweisgebersystems.....	100
IV. Die Einrichtung eines Kontenabrufverfahrens gemäß § 24c KWG.....	102
1. Der automatisierte Abruf von Kontoinformationen	102
2. Die Übertragung auf einen externen Dienstleister	106
B. Kundenbezogene interne Sicherungsmaßnahmen	107
I. Das Know-your-Customer-Prinzip (KYC)	107
II. Der risikobasierte Ansatz der Kundensorgfaltspflichten	110
III. Die pflichtauslösenden Ereignisse der Kundensorgfaltspflichten	113
1. Bei Begründung einer Geschäftsbeziehung	114
2. Bei Transaktionen außerhalb einer Geschäftsbeziehung	116
a) Der Geldtransfer in Höhe von mindestens 1000 Euro	118

b) Die sonstige Transaktion von mindestens 15.000 Euro	120
c) Die Sonderproblematik des Smurfings	120
3. Bei Verdacht der Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung	121
4. Bei Zweifeln über die Identität des Kunden	123
5. Pflichtauslösende Ereignisse bei Bestandskunden	124
IV. Die allgemeinen Sorgfaltspflichten	125
1. Identifizierung des Vertragspartners und der für ihn auftretenden Person	127
a) Der Begriff des Identifizierens	127
b) Die zu identifizierenden Personen	128
(1) Der Vertragspartner	130
(2) Die für den Vertragspartner auftretende Person	130
c) Die Identifizierung von natürlichen Personen	132
d) Die Sonderproblematik geduldeter Ausländer	134
e) Die Verfahren zur Identitätsüberprüfung natürlicher Personen	137
(1) Die Überprüfung vor Ort	138
(2) Die Überprüfung mittels Videoidentifizierung	138
f) Die Identifizierung von juristischen Personen und Personengesellschaften	140
2. Die Abklärung des wirtschaftlich Berechtigten	143
a) Die Bestimmung des wirtschaftlich Berechtigten bei juristischen Personen	145
(1) Praktische Fallbeispiele	147
(2) Die risikobasierte Herabsetzung des Schwellenwertes	148
b) Die Ermittlung eines fiktiven wirtschaftlich Berechtigten	151
(1) Die europäische Definition	151
(2) Die nationale Umsetzung	153
c) Die Bestimmung des wirtschaftlich Berechtigten fremdnütziger Gestaltungen	154
d) Die Bestimmung des wirtschaftlich Berechtigten beim Handeln auf Veranlassung	156
e) Die Offenlegungspflicht des Vertragspartners	157
f) Die Identifizierung des wirtschaftlich Berechtigten	158
3. Der Zweck und die Art der Geschäftsbeziehung	162
4. Die politisch exponierte Person und ihr Einzugskreis	163
a) Die Begriffsbestimmung der politisch exponierten Person (PeP)	163
(1) Die politisch exponierte Person	164

(2) Der Einzugskreis der politisch exponierten Person	166
b) Die Abklärung der PeP-Eigenschaft eines Kunden	167
5. Die kontinuierliche Überwachung der Geschäftsbeziehung	168
a) Die Überwachung der Geschäftsbeziehung	168
b) Die Pflicht zur Aktualisierung der Kundendaten	170
c) Die kontinuierliche Überwachung mittels Einsatz von Datenverarbeitungssystemen	171
V. Die vereinfachten Sorgfaltspflichten	174
1. Der neue Ansatz der vereinfachten Sorgfaltspflichten	174
a) Der Wegfall standardisierter Massenprodukte	175
b) Der Wegfall der völligen Befreiung einzelner Sorgfaltspflichten	176
2. Mögliche Vereinfachungen der allgemeinen Sorgfaltspflichten	176
VI. Die verstärkten Sorgfaltspflichten	178
1. Die auslösenden Anwendungsfälle der verstärkten Sorgfaltspflichten...	179
2. Die verstärkten Präventionsmaßnahmen	181
a) Mindestanforderungen im Zusammenhang mit § 15 Abs. 2 und § 15 Abs. 3 Nr. 1 GWG	181
(1) Die Zustimmung eines Mitglieds der Führungsebene	181
(2) Die Bestimmung der Herkunft der Vermögenswerte	183
(3) Die verstärkte kontinuierliche Überwachung der Geschäftsbeziehung	183
b) Mindestanforderungen im Zusammenhang mit § 15 Abs. 3 Nr. 2 GWG	184
c) Mindestanforderungen im Zusammenhang mit § 15 Abs. 3 Nr. 3 GWG	185
(1) Begriffsbestimmung	186
(2) Die Informations- und Überwachungspflichten im Rahmen von Korrespondenzbeziehungen	187
d) Ausblick auf die Umsetzung der Fünften Geldwäscherichtlinie	190
VII. Die Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten	192
1. Die Aufzeichnungspflicht	192
a) Der Umfang der Aufzeichnungspflicht	192
b) Die Art der Aufzeichnung	196
2. Die Aufbewahrungspflicht	197
C. Pflichten im Kontext des Verdachtsmeldewesens	199
I. Allgemeines	199

II. Die Meldepflicht von Verdachtsfällen	200
1. Der gesetzliche Ursprung	200
2. Die Anforderungen an eine Verdachtsmeldung	203
a) Die auslösenden Ereignisse der Meldepflicht	203
b) Die Verdachtsmeldeschwelle	206
c) Die Form der Verdachtsmeldung	208
3. Die Konsequenzen einer abgegebenen Verdachtsmeldung	209
a) Durchführung von Transaktionen	209
b) Das Verbot der Informationsweitergabe	212
c) Freistellung von der Verantwortlichkeit und Beschäftigtenschutz ..	216
D. Das Register zur Erfassung von Informationen über den wirtschaftlich Berechtigten (Transparenzregister)	217
I. Die Errichtung eines Transparenzregisters	217
II. Die Aufgaben der registerführenden Stelle	219
III. Übertragung der Führung des Transparenzregisters	221
IV. Zugriffsberechtigte Einsichtnahme in das Transparenzregister	221
V. Die Effektivität des Transparenzregisters für die verpflichteten Institute	224
Kapitel 5. Die Integration der Geldwäschebekämpfung in ein wirksames Compliance-Management-System	227
A. Begriffsbestimmung der Compliance	228
B. Rechtliche Grundlagen der Compliance	230
I. Der gesetzliche Ursprung im englischsprachigen Rechtsraum	231
1. Der United States Foreign Corrupt Practices Act (FCPA)	232
2. Der Sarbanes-Oxley Act	234
3. Die US Federal Sentencing Guidelines	237
4. Der UK Bribery Act 2010	238
II. Nationale Rechtsgrundlagen der Compliance	241
1. Die Geschäftsleiterverantwortung als Rechtsgrundlage der Compliance	242
a) Die Legalitätspflicht der Geschäftsleitung	242
b) Die Risikosteuerungspflicht der Geschäftsleitung	243
2. Der Deutsche Corporate Governance Kodex (DCGK)	245
III. Spezialgesetzliche Rechtsgrundlagen der Compliance	247
1. Die Compliance-Funktion im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes	247
a) Die Einrichtung einer WpHG-Compliance-Funktion	247

b)	Die Mindestanforderungen an die Compliance-Funktion (MaComp)	250
2.	Die Compliance-Funktion im Sinne des Kreditwesengesetzes	253
a)	Die gesetzliche Verankerung im Kreditwesengesetz	254
b)	Aufsichtsrechtliche Vorgaben nach den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk)	256
c)	Die inhaltliche Ausgestaltung der MaRisk-Compliance-Funktion ...	258
(1)	Die organisatorische Stellung der MaRisk-Compliance-Funktion	259
(2)	Das Legal Inventory	261
(3)	Die Compliance-Risikoanalyse	263
(4)	Die Beratungs- und Berichtsfunktion der MaRisk-Compliance	265
C.	Das Compliance-Management-System (CMS)	267
I.	Der Aufbau eines Compliance-Management-Systems	269
1.	Die Grundsätze ordnungsgemäßer Prüfung eines CMS gemäß PS 980 ...	269
2.	Der ISO-Standard 19600 Compliance	271
II.	Die Geldwäscheprävention im Rahmen eines effektiven Compliance-Management-Systems	272
1.	Compliance-Kultur	273
2.	Compliance-Ziele	274
3.	Compliance-Risiken	275
4.	Compliance-Programm	276
5.	Compliance-Organisation	278
6.	Compliance-Kommunikation	278
7.	Compliance-Überwachung und -Verbesserung	280
	Schlussbemerkung	283
	Literaturverzeichnis	285
	Abbildungsverzeichnis	299